



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/277
Hinweise
auf den Inhalt:

28. November 1950

Vor den Wahlen in Berlin S.1
Ein Strassburg-Bericht von Willi Eichler S.3
Analyse der Bayern-Wahl S.5

Umworbener Berliner Bär

Von Dr. Klaus-Peter Schulz

Wenn man in diesen Tagen die Berliner Strassen durchwandert, wird man sich immer wieder die erstaunte Frage vorlegen, ob eigentlich der jetzige Wahlkampf die normale politische Begriffswelt, innerhalb deren wir seit Jahren zu denken gewohnt sind, völlig auf den Kopf gestellt habe. Dieses Paradoxon schreit einem schon aufdringlich genug von jeder mit Wahlplakaten übersäten Litfasssäule entgegen. Etwa auf einem Wahlplakat der CDU, das einen aus der roten Sturmflut glücklich geretteten Berliner Bären zeigt und diese geschmackvolle Symbolik mit der tröstlich-biedereren Versicherung verbindet, dass die deutsche Hauptstadt nach dem Wahltermin des 3. Dezember bestimmt nicht rot bleibe.

Man schüttelt einigermassen bedenklich den Kopf ob solcher plumpen Bauernfängerei. Schliesslich wird der Wahlkampf in Westberlin ausgetragen und nicht in der Sowjetzone, wo die Parolen gegen die "rote" Vorherrschaft allenfalls in dieser Form einen Sinn hätten. In Westberlin hingegen wirken solche Parolen geschmacklos, wenn nicht empörend. Denn dass überhaupt neben CDU und FDP in Berlin noch fünf andere Splitterparteien die Möglichkeit haben, an die Gunst des Wählers zu appellieren, verdanken sie schliesslich samt und sonders der Entschlossenheit der so unfair angegriffenen SPD, die schon im Winter 1945-46 in einem schweren Entscheidungskampf gegen die Kommunisten vor dem Auge der Welt die moralische Stärke dessen repräsentierte, was man heute gemeinhin als "westliche Idee"

zu bezeichnen pflegt.

Die Sozialdemokratie bemüht sich dagegen sehr entschieden darum, der billigen Massendemagogie ihrer zahlreichen Gegner das Prinzip eines sachlichen und konstruktiven Wahlkampfes entgegenzusetzen. Dieses Prinzip bindet natürlich nicht die neuen Parteigruppierungen, die nach westdeutschem Vorbild nun auch in Berlin zum Zuge zu kommen versuchen, wohl aber bis zu einem gewissen Grade die beiden grösseren Konkurrenten, nämlich die CDU und die FDP selbst, die ja beide in den letzten zwei Jahren an der Seite der Sozialdemokratie in der Exekutive des Magistrats an der Verantwortung beteiligt waren. Hinter den Kulissen gibt bemerkenswerterweise auch jeder einsichtige und objektiv denkende Vertreter dieser Richtungen zu, dass unter den augenblicklichen Umständen das soziale und wirtschaftliche Problem Berlins von keiner Partei gelöst werden könne, solange Berlin eben nicht wieder als offizielle Bundeshauptstadt fungiert, aber in den Wahlversammlungen selbst kommt diese Einsicht leider wenig zum Ausdruck. Hier wird vielmehr mit allen Mitteln versucht, die verständlichen Unlustgefühle der Berliner Bevölkerung zu einer Art Kreuzzugsstimmung gegen die SPD aufzubauschen.

Die Sozialdemokratie begegnet diesen befremdenden politischen Experimenten zunächst einmal mit der Ruhe des guten Gewissens. Sie darf mit Recht darauf hinweisen, dass gerade in den letzten Monaten unter den Auspizien eines vorwiegend von der SPD beherrschten Magistrats die durch hemmungslose Demontagen, später durch Blockade und Doppelwährung ausgeblutete und in ihrer Existenz bedrohte Berliner Wirtschaft einen kontinuierlichen Aufschwung genommen habe. Auch das Berliner Kulturleben ist daran, seinen führenden Platz innerhalb Deutschlands zurückzuerobern. Im übrigen vertrauen die Sozialdemokraten auf den gesunden Instinkt und auf das gute Gedächtnis der Berliner. Schliesslich darf bei einer Betrachtung des Berliner Wahlfeldes ein Faktor nicht vergessen werden, der in erster Linie psychologische Rückwirkungen hat und den bürgerlichen Parteien offensichtlich sehr spürbar das Konzept verdirbt: die grossen Erfolge der Sozialdemokratie bei den jüngsten Landtagswahlen in der Bundesrepublik.

- - - - -

Bilanz von Strassburg

Von Willi Eichler

Die vor wenigen Tagen abgeschlossene Versammlung des Europarats hat sich nicht davon abhalten lassen, leere Reden gegen die Minister zu halten, ohne dabei an die Kritik zu denken, die längst fällig ist: dass nämlich die nationalen Parlamente so gut wie nichts getan haben, die Arbeit ihrer Delegierten in Strassburg richtig zu unterstützen. Die inhaltslosen Resolutionen, die beinahe in allen Parlamenten dem Thema Europa gewidmet wurden, zeigen, dass es sich dabei lediglich um Höflichkeitsphrasen handelt, wenn nicht um noch Schlimmeres. Dabei müsste klar sein, dass der Europarat in einer entscheidenden Frage vorläufig nicht zu einigen ist: in der Foederierung Europas als Grundlage der weiteren Arbeiten. Die Funktionalisten haben sich soweit durchgesetzt, dass sie definitiv erklärt haben, an der Foederierung Europas nicht mitzuarbeiten, und dass sie einer sogenannten kleinen Foederierung, d.h. mit Ausschluss Englands und Skandinaviens, nicht im Wege stehen würden. Für die kleine Foederierung, die in der Tat einen Unfug darstellen würde, sind nicht einmal alle Foederalisten zu haben.

Die Diskussionen über die Notwendigkeit eines europäischen Parlaments und einer europäischen Regierung waren also unter diesem Aspekt gesehen, völlig überflüssig. Statt dessen stahl man diese Zeit solchen Diskussionen, die heute weitaus fruchtbarer gewesen wären, wie z.B. über den Aufbau von Organisationen für die Flüchtlingshilfe, die Sozialpolitik, die Landwirtschaft, die Vollbeschäftigung usw.

Ein Vorschlag des Labour-Delegierten Mackay wurde leider nicht genügend debattiert, und doch wäre gerade dieser Vorschlag geeignet, die beiden Hauptrichtungen der Funktionalisten und der Foederalisten zusammenzubringen, zumal er auch von den Skandinaviern angenommen wurde, die Funktionalisten sind und bleiben wollen. Mackay möchte den Ministerrat zu einer Art Oberhaupt umbilden und die beratende Versammlung zu einem Parlament mit begrenzten Aufgaben, aber wirklicher Machtvollkommenheit. Eine Reihe von Beamten solle die Funktion einer Art von Exekutivorgan zugewiesen bekommen. Gesetze, die für alle angeschlossenen Staaten verbindlich sein sollen, müssen von der beratenden Versammlung mit zweidrittel Mehrheit und von den Ministern einstimmig angenommen werden. Damit ist den einzelnen Ländern zugesichert, dass man nichts über ihre Köpfe hinweg zum Gesetz erheben

kann. Die Minister werden nicht einfach auf ihr Vetorecht pochen können, weil sie ja eine begründete Ablehnung geben müssten, die unter Umständen garnicht so einfach sein würde.

Bei der Diskussion über die europäische Armee legte man diesmal Gewicht darauf zu betonen, dass Deutschland keiner Diskriminierung unterworfen sein würde. Aber alle Einzelheiten deuten darauf hin, dass dies doch geschehen würde, weil man ja sonst nicht die Idee hätte vertreten können, das deutsche Kontingent als einziges europäisch zu nennen, während man die anderen Armeen unter nationaler Flagge weiterlaufen lassen will. Hinzukommt, dass schon die Diskussion im Europarat über eine solche Armee darauf hindeutet, dass die Deutschen damit in die Verhandlungen und Entscheidungen der Atlantikpaktstaaten hineingezogen würden, ohne dass sie dieser Gruppe auch nur angehörten. Das wird umso klarer, als ja auch Amerika in diese Verhandlungen einbezogen werden soll, was an sich richtig ist, aber deutlich macht, dass nicht der Europarat, sondern die Staaten des Atlantikpaktes federführend sein werden. Dem Europarat fehlt also nicht nur die formale Berechtigung, diese Frage zu erörtern, weil sie ihm durch das Statut geradezu verboten ist; er hat auch nicht die sachliche, weil alle ernsthaften Vorbereitungen in dieser Frage durch die Atlantikpaktstaaten getroffen werden, zu denen Deutschland nicht gehört. Aber man sieht, wie recht die Sozialdemokraten hatten, den Europarat als das Vorzimmer des Atlantikpaktes anzusprechen.

Wenn man eine Bilanz ziehen soll; kann man sagen: es kommt darauf an, ob die beratende Versammlung sich in Zukunft an die Lösung bestimmter Teilprobleme mit dem Ernst heranmacht, den diese Fragen erfordern. Wenn sich dabei die verschiedenen Auffassungen schliesslich abschleifen, dann besteht Aussicht, dass man sich auch der Lösung konstitutioneller Fragen mit grösserer Bereitschaft zuwenden wird als bisher. Das blosses Wiederkaufen alter und bekannter Ansichten wird den Europarat aufs tote Gleis schieben. Die nächste Sitzung muss konstruktiver werden, oder sie wird sicherlich die letzte sein, zum Schaden nicht so sehr des Europarats als vielmehr des europäischen Gedankens.

- - - - -

Die Bayern-Wahl.

J.S. Die bayerischen Landtagswahlen haben den Verfassungsrechtlern eine Wahl-Nuss zu knacken gegeben, die eine echt bayerische Spezialität darstellt. Einwandfrei steht fest, dass die SPD die stärkste Partei geworden ist und vor der CSU mit rund 60.000 Stimmen Vorsprung führt. Das eigenartige Wahlsystem konnte diese Tatsache ignorieren und der CSU ein Mandat mehr zuschanzen (CSU 64, SPD 63). Die Ungerechtigkeit, die, sicherlich von niemandem gewollt, in diesem merkwürdigen Wahlergebnis liegt, lässt sich durch eine Kopfrechnung nachweisen: rund fünf Millionen Wähler hatten rund 200 Mandate zu vergeben, das sind 25.000 Stimmen auf ein Mandat. Die SPD müsste also bei einem Plus von 60.000 Stimmen mindestens um zwei Mandate mehr haben als die CSU.

Dieser Schönheitsfehler, der gerecht korrigiert werden muss, kann die Freude der SPD über den errungenen Sieg nicht vermindern. Der Sieg kam nicht unerwartet; er wird von den gleichen Faktoren getragen wie die SPD-Siege in Hessen und Württemberg-Baden zuzüglich einer in mitten aller bayerischen Aufgeregtheit ruhigen und sachlichen Landespolitik, die schwer gegen die bekannten Hundhammer-Methoden anzukämpfen hatte.

Die CSU war gut beraten, als sie sich weigerte, sich mit der CDU zu verschmelzen; das hat ihr zum Schein erlaubt, sich von den Fehlern der Bonner Politik zu distanzieren und darauf ist wohl zurückzuführen, dass sie gegenüber den Bundestagswahlen nur unmerklich zurückgegangen ist. Die CSU hat ferner von der verhältnismässig hohen Wahlbeteiligung profitiert, gegen die Ehard ("bürgerliche Bequemlichkeit") nach den Lehren von Hessen und Württemberg-Baden mächtig zu Felde gezogen war. Immerhin aber ist nun der Landtag in Bayern und damit das ganze Land von der bisherigen Alleinherrschaft der CSU befreit, einer Alleinherrschaft, die seit der Gründung der Bayernpartei absolut undemokratisch war.

Von 13 Parteien, die sich um die Wähler bemüht haben, sind fünf übriggeblieben - das ist eine erfreuliche Erscheinung der bayerischen Wahlen, wobei die FDP Mühe hatte, überhaupt in den Landtag zu kommen. Relativ gut hat sich die Bayernpartei gehalten. Die verschiedenen Krisen und Skandale haben nicht vermocht, den Kern dieser Partei anzugreifen. Trotzdem ist es der Bayernpartei nicht gelungen, die CSU

zu dezimieren, wie sich vorgenommen hatte. Loritz ist aus der bayerischen Politik ausgeschaltet; die Freude darüber muss bis zu dem Augenblick zurückgestellt werden, da sich herausstellt, dass seine Nachfolger, die DG - BHE nicht die gleiche "wilde" Politik verfolgen wie er. Von den 1.6% der Kommunisten in dieser Wahlanalyse auch nur zu sprechen, käme Leichenschändung gleich.

Kombinationen über das künftige Gesicht der bayerischen Regierung sind müssig, solange die Führung unstritten ist. Es ist also alles offen, auch die Stärke einzelner Parteien bei solchen Kombinationen. Wenn es zu einem Zusammengehen SPD/CSU käme, müsste die CSU vermutlich auf den Hundhammer-Flügel verzichten, ebenso fraglich ist es, ob der linke Flügel unter dem bei der Wahl durchgefallenen "Ochsen-sepp" eine Koalition mit der Bayernpartei billigen würde. Schliesslich ist auch Hausleiter für einige Kombinationen nicht tragbar, so dass also auch der BHE nicht mit den 26 Mandaten im Felde erscheint, die er aus den Wahlen geholt hat.

Wie immer diese Lage sich entwickelt, Tatsache ist, dass nach vier Jahren die Fenster des bayerischen Landtags weit aufgerissen wurden und die stickige Hundhammer-Atmosphäre einem frischen Zug gewichen ist. Was vor allem galt es in Bayern zu schaffen. Die Herrschaft der Bonner Koalition im Bundestag wird damit zu der gleichen Fiktion, wie sie die Kräfteverteilung im bayerischen Landtag jahrelang war.

* * *

30% über Norm für den Frieden.

"Durch eine verstärkt durchgeführte Friedensarbeit leisten die Belegschaften des volkseigenen Baubetriebes Brandenburg (Havel) auf dem Gelände des S+B einen wertvollen Beitrag zur Vorbereitung des Weltfriedenskongresses. Die Kollegen auf den Baustellen haben erkannt, dass der friedliche Wettbewerb eine der wertvollsten Grundlagen für den schnellen Aufbau ist. Deshalb haben sich im Rahmen dieses Wettbewerbs die Maurer- und Zimmererbrigaden "Ernst Thälmann", "Walter Ulbricht" und "Adolf Hennecke" verpflichtet, ihre Norm täglich um 25 bis 30 Prozent überzuerfüllen, und untereinander einen erfolgreichen Kampf um jede Minute, um jedes Gramm Rohstoff und jeden Pfennig zu führen."

(*"Märkische Volksstimme" SED Riesa.*)

* * *

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt.